

Jens Beckert Die Anspruchsinflation des Wirtschaftssystems. Zur Theorie des Spätkapitalismus im Licht der Finanzmarktkrise

Article by an MPIfG researcher

Jens Beckert: Die Anspruchsinflation des Wirtschaftssystems: Zur Theorie des Spätkapitalismus im Licht der Finanzmarktkrise. In: WestEnd 6(2), 135-149 (2009). Stroemfeld

Seit dem Sommer 2008 entfaltet sich die größte Finanz- und Wirtschaftskrise nach der Weltwirtschaftskrise vor achtzig Jahren.¹ Ausgelöst von fallenden Preisen im amerikanischen Immobilienmarkt und der Implosion der Märkte für verbrieft Hypothekenanleihen, hatte sich im Herbst 2008 eine systemische Finanzmarktkrise entwickelt, die nur durch massive staatliche Intervention unter (vorläufige) Kontrolle gebracht werden konnte. Standen bis zu diesem Zeitpunkt Fragen der internationalen Sicherheit und der Ökologie im Brennpunkt der politischen Öffentlichkeit, so ist mit der Finanzmarktkrise die Ökonomie zum alles beherrschenden politischen Thema geworden.

Die derzeitige Krise gibt Anlass, das Verhältnis von Wirtschaft und Politik grundsätzlicher zu beleuchten. Im vorliegenden Beitrag ziele ich auf eine theoretische Reflexion der gegenwärtigen Krise, wobei ich meine Ausführungen in den Zusammenhang mit bestehenden Krisentheorien und hier insbesondere mit den Krisentheorien der 1970er Jahre stelle, also der Theorie der »Unregierbarkeit« und der Theorie des »Spätkapitalismus«.² Meine These ist, dass diese Theorien zwar darin falsch lagen, den Ausgangspunkt möglicher gesellschaftlicher Krisen nur noch indirekt im Feld der Ökonomie zu verorten; die Theorie des Spätkapitalismus lag jedoch richtig in der Annahme, dass der Staat seine Steuerungsansprüche nicht reduzieren könne, ohne die Funktionsfähigkeit des Marktes selbst zu gefährden. Dabei geht es aber weniger um das Problem der Sicherung von Massenloyalität und damit um die politische Unterstützung des kapitalistischen Wirtschaftssystems als vielmehr um dessen ökonomische Bestandsvoraussetzungen. Eine Krisentheorie des Kapitalismus muss heute, so die verfolgte Vermutung, weit stärker die intrasystemischen Funktionsvoraussetzungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems berücksichtigen.

Zunächst eine kurze Rekapitulation: Die konservativen Theorien der »Unregierbarkeit« und die linken Theorien zum »Spätkapitalismus« hatten ihren gemeinsamen Ausgangspunkt in der These der Überforderung des Staates. Die Konservativen diagnostizierten diese Überforderung in der Anspruchsinflation von Transferempfängern und Gewerkschaften, gegen die sich der Staat nicht wehren könne. In säkularisierten Staaten, so das Argument, »übertrügen sich Heilserwartungen auf den Staat, der an Stelle des Schicksals, persönlichen Engagements oder göttlicher Fügung für das Glück des Einzelnen verantwortlich gemacht wird« (Schäfer 2008: 10). Hieraus ergibt sich,

1 Der Text beruht auf einem Vortrag bei der Tagung »Auslaufmodell Demokratie? Probleme und Möglichkeiten demokratischer Selbstbestimmung in der postnationalen Konstellation« an der ETH Zürich aus Anlass des 80. Geburtstags von Jürgen Habermas.

2 Vgl. hierfür das vorzügliche Arbeitspapier von Armin Schäfer (2008), von dessen Darstellung der Krisentheorien der 1970er Jahre ich bei der Ausarbeitung dieses Artikels stark profitiert habe.

wie Daniel Bell konstatierte, eine »Revolution der wachsenden Ansprüche« (Bell 1991 [1975]: 32), die nur beendet werden könne, wenn der Staat seine Handlungsfähigkeit wiedererlangt, indem er die Macht gesellschaftlicher Interessen bricht.

Die linken Theorien zum Spätkapitalismus sahen ebenfalls den Zwang des Staates, seine Ausgaben immer weiter auszudehnen. Anders als bei den konservativen Zuschreibungen wurde die Ursache für die drohende Krise des Staates aber nicht in der Anspruchsinflation der Bürger und der Gewerkschaften gesehen, sondern in der Notwendigkeit staatlicher Dauerintervention zur Stabilisierung der Kapitalakkumulation und der Abfederung des Antagonismus von Kapital und Arbeit (Offe 2006 [1972]: 29). Durch diese »Politisierung« ökonomischer Prozesse sollte zwar die ökonomische Krise abgewendet werden können, doch nur um den Preis der Erzeugung einer Reihe neuer Krisentendenzen, die sich letztendlich als Bruchstellen der kapitalistischen Demokratien erweisen könnten. Hierzu zählen die Fiskalkrise des Staates ebenso wie die von Jürgen Habermas und Claus Offe diagnostizierten Rationalitäts-, Legitimations- und Motivationskrisen.

Zeithistorisch sind diese Krisentheorien auch deshalb interessant, weil sie einen Epochenwechsel anzeigten, bevor dieser stattgefunden hatte. 1972 – im gleichen Jahr, in dem Claus Offes Aufsatzsammlung *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates* (1972) erschien und nur ein Jahr vor der Veröffentlichung von Jürgen Habermas' *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* (1973) – hatte der US-amerikanische Präsident Richard Nixon noch verkündet: »We're all Keynesians now.« Diese Vorstellung der Möglichkeit der Fortsetzung der »goldenen« Nachkriegszeit zeigte keinerlei Bewusstsein der Krisenhaftigkeit des keynesianischen Arrangements, das die Prosperität der Nachkriegszeit geprägt hatte.³ Die linken und die konservativen Krisentheorien erkannten hingegen, dass es sich bei der ökonomischen Konfiguration der Nachkriegszeit keinesfalls um eine stabile Situation handeln würde. Die eingebauten Dynamiken hoher Inflations- und sinkender Wachstumsraten sowie zunehmender staatlicher Verschuldung ließen den Staat bei der Heranziehung für immer weitere Aufgaben zur Stabilisierung von Märkten und zur Sicherung von Massenloyalität an seine Grenzen stoßen.

Doch weder die konservativen noch die linken Krisentheoretiker sahen die in den 1970er Jahren einsetzenden und sich in den folgenden drei Jahrzehnten fortsetzenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen vorher.⁴ Nicht erwartet wurde von ihnen, dass es den Industriestaaten durch den Umbau ihrer Sozialsysteme

3 Historisch betrachtet war die Nachkriegszeit bis in die 1970er Jahre die Periode, in der in den westlichen Industrieländern institutionelle Formen gefunden zu sein schienen, die stabile wirtschaftliche Prosperität mit der politischen Regulation der kapitalistischen Wirtschaft verbanden. Nicht nur erfuhren große Teile der Bevölkerung kontinuierliche Verbesserungen ihres Lebensstandards. Die durch wirtschaftliche Prosperität erreichte soziale Inklusion schien die sozialen Konflikte, die westliche Gesellschaften seit dem Beginn der Industrialisierung erschüttert hatten, endgültig zu befrie-

den. Die Genugtuung über diese Entwicklung kommt in zeitgenössischen Sozialtheorien zum Ausdruck. Ralf Dahrendorf (1957) sah den Klassenkonflikt durch demokratische Strukturen der Konfliktbewältigung überwunden. Helmut Schelsky (1953) sprach in den fünfziger Jahren von einer »nivellierten Mittelstandsgesellschaft«.

4 So auch Offe (2006 [1972]: 191) in seinem Nachwort zur Neuauflage der *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*: »Immerhin reichte auch in meinen Aufsätzen aus der ersten Hälfte der 1970er Jahre der Optimismus

und die Abkehr von der keynesianischen Globalsteuerung gelingen würde, sich von der diagnostizierten Anspruchsinflation zu befreien (Schäfer 2008: 39). Die Konservativen waren skeptisch, ob die gewerkschaftliche Macht gebrochen werden könnte. Aus der Perspektive der Linken hätte die tendenzielle Aufhebung der wechselseitigen Verschränkung von Wirtschaft und Politik zur Verschärfung der diagnostizierten Legitimationsprobleme führen und politische Widerstände erzeugen müssen.

Tatsächlich besteht das wohl herausragende Merkmal der wirtschaftlichen Wandlungsprozesse der letzten dreißig Jahre in der immer geringer werdenden Rolle des Staates bei der Steuerung der Wirtschaft. Mit »Steuerung der Wirtschaft« meine ich hier nicht jegliche regulativen Strukturen, mit denen die institutionellen Grundlagen für Märkte geschaffen werden. Hier lässt sich insgesamt vermutlich sogar eine Zunahme an Vorschriften beobachten. Vielmehr meine ich staatliche Regeln, die in das Marktgeschehen zugunsten politischer Ziele eingreifen und somit Quelle öffentlicher Gewalt über die Ökonomie sind (vgl. Streeck 1997). Die Verschiebung politischer und wirtschaftlicher Handlungshorizonte durch die Liberalisierung und Globalisierung von Märkten, der Rückzug des Staates aus zentralen Industrien durch die Politik der Privatisierung sowie der Bedeutungsverlust korporatistischer Arrangements haben zur Folge, dass die westlichen Nationalstaaten heute ihre Ökonomien sehr viel weniger kontrollieren können als vor dreißig Jahren.⁵ Die Verringerung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft zielte auf die Generierung wirtschaftlichen Wachstums und darauf, den Staat vor den wachsenden Ansprüchen seiner Bürger zu schützen. Die »Entmachtung nationalstaatlicher Akteure« (Offe 2006 [1972]: 191), die sich als Depolitisierung der Wirtschaft lesen lässt, ist dabei allerdings selbst Resultat politischer Entscheidungen, und zwar gerade auch in Reaktion auf die von den Krisentheoretikern der siebziger Jahre diagnostizierten Probleme (vgl. Mann 1997; Scharpf 1998).

Die Begrenzung der Verschränkung von Staat und Wirtschaft lässt sich nicht nur an der faktischen Ausdehnung von Marktbeziehungen erkennen, sondern findet auch eine Entsprechung auf ideologischer Ebene. Seit den siebziger Jahren fand eine Kehrtwende in der Makroökonomie vom keynesianischen Interventionismus hin zu einem neoliberalen Absentismus statt, die zur Delegitimierung politischer Eingriffe in Marktprozesse beitrug (vgl. Blyth 2002; Campbell und Pedersen 2001; Fourcade 2009). Nur die Befreiung der Märkte von staatlichen Fesseln, so die neue Überzeugung, würde das für den steigenden Lebensstandard notwendige Wachstum generieren können.

Noch kurz vor dem Beginn der derzeitigen Krise hätte man wohl mit ähnlicher zeitgeistlicher Treffsicherheit wie der amerikanische Präsident 35 Jahre zuvor behauptet

nicht so weit, dass ich die Struktur der kapitalistischen Ökonomie insgesamt als zur politischen Disposition stehend gewöhnt hätte.«

5 Das gilt zunächst für Prozesse der Intensivierung von Wettbewerb durch die Globalisierung von Märkten. Es gilt auch für die Privatisierung von Industrien, die sich vormals in Staatshand befanden, wie die Telekommunikation und Teile des Gesundheitswesens. Es gilt des Weiteren für die Einführung von Wettbewerb und »Quasimärkten« in gesellschaftlichen Bereichen, die zuvor nicht

kommodifiziert waren. Die neuen Steuerungsformen von Universitäten und des Gesundheitssystems sind ebenso Beispiele hierfür (vgl. Le Galès und Scott 2008, wie Märkte für Verschmutzungsrechte (vgl. Fourcade 2004). Es gilt schließlich für die Substituierung von Reziprozitätsbeziehungen, vornehmlich im familiären Bereich, durch Dienstleistungen in der Kinder- oder Altenbetreuung und anderen häuslichen Dienstleistungen, die am Markt zu kaufen sind.

ten können: »We're all neoliberals now«. Und man hätte außerdem befriedigt festgestellt, dass das Problem der Anspruchsinflation auf dem bestem Wege war, politisch erfolgreich gelöst zu werden, ohne drohende Legitimationskrise. Die Hartz-Reformen in Deutschland beschränken die Ansprüche Arbeitsloser und führten bereits durch die Verschärfung der Regeln zur Frühverrentung zu einer spürbaren Erhöhung des Renteneintrittsalters; 2011 sollte es einen ausgeglichenen Haushalt geben, mit der Aussicht auf eine nachhaltige Entschuldung des Staates in den Folgejahren. Dies alles wurde ohne erhebliche politische Folgekosten erreicht; die von den linken Krisentheoretikern in den siebziger Jahren erwartete Repolitisierung blieb weitgehend aus.

II.

Die sich seit einem Jahr ausbreitende Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Vorstellung wieder erreichter fiskalischer Stabilität auf der Grundlage liberalisierter Märkte jedoch wie ein Kartenhaus zusammenbrechen lassen. Es war geradezu atemberaubend, im letzten Jahr zu beobachten, mit welcher Geschwindigkeit überzeugte Neoliberale massive keynesianische Interventionen zur Nachfragestabilisierung forderten und sämtliche Maximen der Wirtschaftspolitik der letzten dreißig Jahre vom Tisch gefegt wurden.

Bestätigt sich also doch noch die Krisendiagnose der linken Krisentheoretiker, dass der Staat seine Steuerungsansprüche nicht reduzieren kann, ohne die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Ökonomie zu gefährden? Ich möchte dies insofern bejahen, als ich die Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise wesentlich in der Reduzierung staatlicher Einflussnahme auf die Ökonomie sehe. Zugleich möchte ich einen wichtigen Unterschied markieren. Die Folgen des staatlichen Rückzugs beziehen sich sehr viel unmittelbarer auf das ökonomische System selbst als von den in den 1970er Jahren entworfenen Krisenszenarien erwartet. *Anfang* der 1970er Jahre erschien es den Krisentheoretikern »nicht mehr plausibel, dass der Kapitalismus unmittelbar an ökonomischen Krisen untergehen würde. Denn in den Nachkriegsjahrzehnten war es den westlichen Demokratien gelungen, sowohl den Klassenkonflikt als auch ökonomische Krisen zu entschärfen.« (Schäfer 2008: 12) Jürgen Habermas war damals überzeugt, dass »sich durch die Verschiebung der kontradiktorischen Steuerungsimperative vom Marktverkehr ins administrative System auch die Krisenlogik selber« (Habermas 1973: 69) verändern würde. Demgegenüber argumentiere ich, dass heute nicht die Delegitimation des politischen Systems und fehlende Massenloyalität im Vordergrund einer Krisentheorie stehen müssen, sondern die sozialen und politischen Funktionsvoraussetzungen des kapitalistischen Systems selbst.

III.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem basiert auf dem Markt als wichtigstem Steuerungsmechanismus zur Koordination wirtschaftlichen Austauschs und wirtschaftlicher Produktion. War dieser Mechanismus während des »goldenen Zeitalters« staatlich eingehegt, verließ man sich in der Folgezeit viel stärker auf entfesselte Märkte zur wirtschaftlichen Steuerung. Unter welchen Voraussetzungen aber, so fragt die Wirt-

schaftssoziologie, können Märkte als Steuerungsmechanismen funktionieren? Die soziologische Antwort auf diese Frage bezieht sich regelmäßig auf die Rolle politischer, sozialer und kultureller Grundlagen von Märkten, die in dem Begriff der Einbettung zusammengeführt werden. Max Weber (1984 [1920]) etwa analysierte die Bedeutung institutioneller Voraussetzungen und ethischer Orientierungen für die Entstehung des modernen okzidentalen Kapitalismus. Émile Durkheim (1992 [1893]) betrachtete »entbettete« Marktbeziehungen als instabil aus Gründen, die heute in der ökonomischen Theorie mit Begriffen wie »Opportunismus« oder »Prinzipal-Agent-Problem« gekennzeichnet werden. Die Erfüllung von Verträgen bedarf der »Vertragsmoral«, also einer Einstellung, die eigennützig opportunistisches Handeln im Markttausch einschränkt und darin durch soziale Sanktionen bekräftigt wird.

Systematisch betrachtet hängt die Funktionsfähigkeit von Märkten von der Lösung von insgesamt drei Koordinationsproblemen ab, die ich an anderer Stelle als Problem der Wertfindung, als Problem des Wettbewerbs und als Problem der Kooperation bezeichnet habe (Beckert 2009a). Die aktuelle Finanzkrise hatte ihre Ursache in Entwicklungen, die es den Marktakteuren unmöglich machten, genau diese Koordinationsprobleme zu lösen.

(1) Ein Auslöser der Krise war die immer kompliziertere und letztendlich für die Marktakteure undurchschaubare Zusammenstellung von verbrieften Hypothekendarlehen in Amerika, deren Bewertung unmöglich wurde. Die Produkte ließen sich aufgrund der Konfusion über ihren Wert und ihre Risiken nicht mehr handeln und der Markt implodierte. Daraus wiederum folgte, dass der Wert der Finanzinstitute, die diese Papiere in ihren Portfolios hielten, nicht mehr eingeschätzt werden konnte, was deren Kreditwürdigkeit in Frage stellte und zum Zusammenbruch des Interbankenhandels führte. Hierauf wurde zunächst mit der Bereitstellung von Liquidität durch die Zentralbanken reagiert. Die Einrichtung von »Bad Banks« zielt darauf, diese Papiere aus den Bankbilanzen zu entfernen, auch um wieder die Grundlagen für die Kalkulation des Werts der Aktiva der Banken zu schaffen.

(2) Zum Zweiten wurde die Krise durch Wettbewerbsprobleme ausgelöst. Gemeint ist damit, dass Wirtschaftsunternehmen – entgegen der Ideologie vollkommener Märkte – sich für ihre stabile Reproduktion vor Wettbewerbskräften schützen, den Wettbewerb also durch »Marktschließung« (Weber) reduzieren müssen. Die Liberalisierung der Finanzmärkte und deren Bedeutungszuwachs durch die Entstehung von Märkten für Unternehmenskontrolle und durch die zunehmende Finanzierung von Unternehmen über die Finanzmärkte sowie die Ausrichtung auf Strategien des Shareholder Value haben zu einer Spirale der wechselseitigen Überbietung mit Gewinnzielen geführt, die durch Strategien immer höherer Risikobereitschaft verfolgt wurden. Hohe und immer weiter steigende Gewinne – erinnert sei hier nur an das Credo der Deutschen Bank: »25 Prozent Eigenkapitalrendite« – sollten zu höheren Börsenkursen führen und dadurch sowohl den beteiligten Managern lukrative Boni sichern als auch die Unternehmen vor möglichen Übernahmen schützen. Möglich war dies nur durch das Eingehen hoher Risiken, die in der Regel aus den extrem großen Hebeln der Finanzierungsmodelle resultierten. Bei einer Marktentwicklung entgegen der Erwartung entstanden jedoch sofort hohe – und potentiell bestandsgefährdende – Verluste. Die Ausweitung des Wettbewerbs und die Erhöhung der Risiken führten somit

zum Verzicht auf jene Reserven – Slack –, die im Krisenfall für die Banken und die Unternehmen einen Puffer dargestellt hätten. Die wuchernde Steigerung des Wettbewerbs und damit einhergehend der Risiken steht aber im direkten Zusammenhang mit dem staatlichen Steuerungsverzicht durch die Liberalisierung der Märkte. Hierdurch wurden neue Renditemöglichkeiten für das nach Anlagen suchende Kapital eröffnet, in einer Situation, die zunehmend durch eine Überliquidität an den Finanzmärkten charakterisiert war (vgl. Deutschmann 2008). Nur durch Inkaufnahme erhöhter Risiken – etwa die Vergabe von Hypotheken an absehbar von den Zahlungsverpflichtungen überforderte Schuldner im amerikanischen Subprime-Markt – fand dieses Kapital noch eine lukrative Verzinsung.

Es wäre jedoch zu einfach, als Ursache für die Entwicklungen, die schließlich zum Marktversagen führten, einfach ein opportunistisches Einknicken des Staates gegenüber den Interessen machtvoller Wirtschaftsakteure zu vermuten. Vielmehr muss das Zusammenspiel ökonomischer, politischer und privater Interessen betrachtet werden. In den 1970er Jahren kam es in den westlichen Industriestaaten zu einer Akkumulationskrise, die mit den Instrumenten keynesianischer Makrosteuerung nicht mehr gelöst werden konnte. Anders als von den damaligen konservativen Krisentheorien diagnostiziert, bestand die »Notwendigkeit« des staatlichen Rückzugs nicht deshalb, weil der Staat aus der Anspruchsinflation durch gesellschaftliche Interessen befreit werden musste, sondern weil neue Chancen für gewinnbringende Kapitalanlagen zu erschließen waren. Dies konnte sowohl durch die neue »räumliche Landnahme« in Form der Globalisierung von Märkten als auch durch die »sachliche Landnahme«, also die Kommodifizierung bisher nicht kommodifizierter Güter gelingen. Die dadurch ausgelösten Wachstumsprozesse sollten sowohl Gewinne für private Investoren als auch neue Quellen für Steuereinnahmen schaffen und zur Erhöhung privater Einkommen führen. Die Finanzmärkte entwickelten sich dabei zur wichtigsten Quelle neuer Gewinne, von denen auch der Staat profitierte. So wurde zum Beispiel in Großbritannien nach dem Niedergang der industriellen Strukturen die Finanzindustrie zu einer der bedeutendsten Steuerquellen. Kein Wunder, dass britische Regierungen eine Finanzmarktarchitektur beförderten, durch die London als internationaler Finanzplatz für Investoren attraktiv gemacht wurde. Verständlich wird so auch, weshalb gerade Großbritannien – obwohl besonders hart von der Finanzmarktkrise getroffen – sich gegen verschärfte Finanzmarktkontrollen stemmt, wie sie in der Europäischen Union derzeit diskutiert werden. Von der zunehmenden Verfügbarkeit privaten Kapitals profitierten aber auch die Konsumenten und private Investoren, die lukrative Anlagemöglichkeiten für ihre Ersparnisse fanden, ohne Eigenkapital und zu niedrigen Zinsen Wohneigentum erwerben und auf Pump konsumieren konnten. »Kredit« wird zumindest in den angelsächsischen Ländern nicht mehr nur als ökonomisches Gut, sondern auch als demokratisches Partizipationsrecht verstanden.

(3) Schließlich traten auf den Märkten zunehmend Kooperationsprobleme auf. Gemeint sind damit die Probleme der Handlungskoordination, die aus der Möglichkeit opportunistischen Handelns der Tauschpartner entstehen. Zum einen geht es hier um betrügerische Aktivitäten einzelner Teilnehmer der Finanzmärkte. Die Verluste des Börsenhändlers Jérôme Kerviel brachten Anfang 2008 die französische Großbank Société Générale an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Der Controllingabteilung war

angeblich entgangen, welche hohe Risiken seine auf eigene Faust aufgebauten Positionen bargen. Der amerikanische Investor Bernard L. Madoff erleichterte seine gut betuchte Klientel mit einem simplen Pyramidenspiel um 65 Milliarden US-Dollar. Dies waren nur die medial besonders stark verbreiteten Beispiele betrügerischen Handelns auf den Finanzmärkten, hinter denen unzählige weitere Fälle stehen.

Zum anderen entstanden die Kooperationsprobleme aufgrund unzureichender institutioneller Kontrolle der Finanzmärkte, die zu opportunistischem Handeln geradezu einluden: Ein Beispiel hierfür sind die Geschäftsmodelle von Rating-Agenturen, die Finanzmarktprodukte von Banken bewerten und dafür nicht nur von den an einer hohen Bewertung interessierten Banken bezahlt werden, sondern die zuvor auch noch an Beraterleistungen im Zusammenhang mit der Produktentwicklung verdienen. Dieser offensichtliche Interessenkonflikt führte zu überhöhten Bewertungen der Produkte und zu deren Implosion, als die viel zu optimistischen Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Immobilienpreise und der Zinsen nicht eintrafen. Die laxen Aufsicht von Teilen der Finanzmärkte und die Zinspolitik der Federal Reserve waren aber gerade Resultat einer an freien Märkten orientierten Politik, der zufolge Finanzmärkte sich durch den Marktmechanismus selbst regulieren sollen.

Bei dem Kooperationsproblem geht es nicht nur um Regulation als externem Zwang. Von Émile Durkheim kann man lernen, dass Institutionen eine Voraussetzung darin haben, dass die Akteure in eine Vertragsmoral eingebunden sind. Wenn Akteure ihre Intelligenz und rechtliche Expertise in hohem Maße darauf verwenden, nach Lücken in Gesetzen und Vorschriften zu suchen und diese opportunistisch zu umgehen, unterminieren sie die Institution selbst. Der erfolgreiche Umgang mit den sozialen Risiken des Markttausches stellt insofern auch moralische Anforderungen an die Wirtschaftssubjekte, die zugleich im Wirtschaftssystem nicht selbst erzeugt werden. Denn im kapitalistischen Wirtschaftssystem ist Wettbewerb immer auch Wettbewerb um die Auslegung von Institutionen. Clevere Rechtsexperten versuchen, Lücken im Regelwerk zu finden, deren Ausnutzung ihren Klienten Vorteile im Wettbewerb bringt (Streeck 2009b: 149 ff.). Die Paradoxie besteht darin, dass das System zugleich auf die Moral des ehrbaren Kaufmanns als kollektives Gut angewiesen ist *und* Anreize bereithält, solches Handeln opportunistisch zu sabotieren.

Die hier angesprochene Problematik wird in den Theorien des Spätkapitalismus unter dem Begriff der »Motivationskrise« (Habermas 1973: 106 ff.) gefasst. Der Begriff stellt auf die notwendigen kulturellen Rahmenbedingungen kapitalistischer Ökonomien ab, die von diesen nicht selbst erzeugt werden. In den 1970er Jahren wurde das dominante Problem – vermutlich auch vor dem Hintergrund der in den 1960er Jahren entstandenen Jugendbewegungen – darin gesehen, dass Akteure sich nicht mehr hinreichend am Leistungsmotiv orientieren würden. Die Ursache der Motivationskrise heute lässt sich hingegen in einem Übermaß utilitaristischer Handlungsorientierung im Wirtschaftssystem erkennen, die zu dessen Destabilisierung führt. Die Frage an die Politik und an die Erziehungseinrichtungen der Gesellschaft lautet entsprechend, wie »deviantes Verhalten« auf ein systemkompatibles Maß reduziert werden kann. Dabei geht es einerseits um im Sozialisationsprozess gelernte individuelle Dispositionen moralischen Handelns, andererseits um die Schaffung von sozialen Kontexten, in denen moralisches Handeln Unterstützung findet (vgl. Healy 2006).

IV.

Soweit habe ich argumentiert, dass die derzeitige Funktionskrise des Wirtschaftssystems in einem kausalen Zusammenhang mit der Reduzierung staatlicher Steuerung der Wirtschaft steht. Damit ist die Beziehung zwischen Steuerung und Krise sehr viel direkter auf das ökonomische System bezogen als von den Krisentheoretikern in den 1970er Jahren angenommen, die die Möglichkeit der neoliberalen Entfesselung von Märkten gerade nicht in Betracht zogen. Dies führt auch zu einer abweichenden Analyse der Ursachen von Krisentendenzen in anderen gesellschaftlichen Teilsystemen. Folgt man der These der Krisentheorien der 1970er Jahre, wonach die Dysfunktionalitäten des Wirtschaftssystems in das politische System verschoben werden, so gerät das politische System selbst in die Rolle, Verursacher von Krisen der Sozialintegration zu sein. Indem sich, vom politischen System ausgehend »Organisationsrationalität ausbreitet«, heißt es an einer Stelle bei Jürgen Habermas (1973: 70), »werden kulturelle Überlieferungen unterwandert und entkräftet«. Die von ihm später entwickelte These der Kolonialisierung der Lebenswelt *auch* durch die Eingriffe des Sozialstaats in die Lebenswelt der Leistungsempfänger verweist auf die zentrale Rolle des politischen Systems als vermutetem Krisenverursacher.

Vor dem Hintergrund der Verlagerung gesellschaftlicher Steuerung auf den Markt müssen gesellschaftliche Krisentendenzen heute hingegen viel stärker als Folgen der Funktionsweise des ökonomischen Systems selbst untersucht werden. Hierfür möchte ich stichpunktartig vier Entwicklungen anführen, die sich als vom Wirtschaftssystem ausgehende Krisen demokratischer und sozialer Integration verstehen lassen: (1) der Zusammenhang zwischen zunehmender sozialer Ungleichheit und abnehmender politischer Partizipation; (2) die sich ausbreitende marktförmige Ausrichtung ursprünglich marktferner Institutionen wie das Gesundheitssystem und die Universitäten durch die Prinzipien des New Public Managements; (3) die Folgen wachsender wirtschaftlicher Unsicherheit für die Identität der Betroffenen und das Familiensystem sowie (4) die Schwächung staatlicher Regulationsmöglichkeiten durch das Auseinanderweichen politischer und wirtschaftlicher Handlungshorizonte.

(1) Eine erste Entwicklung ist die Zunahme sozialer Ungleichheit. Mit der Liberalisierung von Märkten ging während der letzten dreißig Jahre die wachsend ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Gesellschaft einher. Diese statistisch gut dokumentierte Entwicklung – die eine Kehrtwende gegenüber der Entwicklung der Nachkriegszeit ist – lässt sich als Folge einer einseitig auf Wirtschaftswachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik verstehen. Sie bleibt für das demokratische Gemeinwesen jedoch nicht folgenlos: »Wachsende Ungleichheit ist deshalb demokratierelevant, weil ein starker Zusammenhang [...] zwischen der gesellschaftlichen Ungleichheit und der Bewertung der Demokratie besteht: Je ungleicher das Einkommen in einem Land verteilt ist, desto unzufriedener sind die Bürger mit der Funktionsweise der Demokratie und desto weniger vertrauen sie den politischen Institutionen.« (Schäfer 2009: 15)

(2) Eine zweite von veränderten wirtschaftlichen Steuerungsprinzipien ausgehende demokratierelevante Entwicklung ist die Ausweitung marktlicher Steuerungsprinzipien auf immer weitere Lebensbereiche. Colin Crouch hat untersucht, welche politischen Auswirkungen die Einführung marktlicher Steuerungsinstrumente in

wohlfahrtsstaatlichen Institutionen hat. Durch die Vermarktlichung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen kommt es, so Crouch (2008: 111), zur »Verzerrung« des Prinzips der Gerechtigkeit. Denn die Verbindung des Sozialstaats zum Bürgerstatus besteht genau darin, dass dessen Leistungen *nicht* mit den Mitteln des Marktes bereitgestellt und damit »der Logik der Betriebswirtschaft« (ebd.) untergeordnet werden.

(3) Drittens geht mit der Re-Kommodifizierung von Arbeit und der Steigerung von Flexibilitätsanforderungen die Sicherheit langfristiger Planungshorizonte für die Menschen verloren. Patrick Le Galès und Alan Scott (2008) zeigen anhand der Transformation der öffentlichen Verwaltung in Großbritannien, wie die Einführung von Prinzipien des New Public Managements zur Schaffung von Unsicherheit im Arbeitsverhältnis führt, indem Karrierepfade destabilisiert und solidarische Beziehungen zerstört werden. Auch Richard Sennett (1998) hat auf die biographischen Konsequenzen der Flexibilisierung von Arbeitsbeziehungen hingewiesen. Es lassen sich darüber hinaus auch Auswirkungen ansteigender ökonomischer Unsicherheiten auf das Familiensystem und die biologische Reproduktionsfähigkeit der Gesellschaft zumindest vermuten. Dies ist dann der Fall, wenn der Druck *oder* die Attraktion des Arbeitsmarktes – hohe Mobilität, starke zeitliche Beanspruchung, lange Ausbildungszeiten, interessante Aufgaben – die Stabilität von familiären Beziehungen unterminieren, zur Aufschiebung von Familiengründung und letztendlich zu Geburtenraten führen, die unter dem für die Reproduktion der Bevölkerung notwendigen Niveau zurückbleiben (Streck 2009a). Die Geburtenraten in den Mittelschichten lassen sich offensichtlich – wenn überhaupt – nur durch sehr kostspielige familienpolitische Maßnahmen beeinflussen. Hier führt die Ausweitung von Märkten zu gesellschaftlichen Folgekosten, die vom Wirtschaftssystem externalisiert werden und von der Gesellschaft getragen werden müssen. Die Verausgabung von Steuergeldern in der Familienpolitik schränkt zugleich den staatlichen Handlungsspielraum an anderer Stelle ein.

(4) Schließlich lassen sich Krisentendenzen benennen, die aus der Begrenzung staatlicher Handlungsfähigkeit als Folge der zunehmenden Diskrepanz wirtschaftlicher und staatlicher Handlungshorizonte entstehen. Machtvolle ökonomische Akteure können sich in der globalen Ökonomie flexibel staatlichen Zumutungen durch »Exit-Strategien« entziehen und unterminieren damit die Handlungsfähigkeit des Staates. Günstige Regeln und geringe Besteuerung lassen sich von multinationalen Unternehmen durch Drohungen mit Standortverlegungen durchsetzen. Privates Kapital entzieht sich der Besteuerung in Steueroasen. Damit aber kommt es zu einer strukturellen Schwächung staatlicher Steuerungsfähigkeit durch Unterminierung der finanziellen Grundlagen für die Wahrnehmung der vom politischen Gemeinwesen verfolgten öffentlichen Belange.

V.

An diese Darlegung intraökonomischer Krisentendenzen und vom Marktmechanismus ausgehender politischer und sozialer Krisen in den beiden vorangehenden Abschnitten schließt sich die Frage an, welche Gegenbewegungen sich erkennen lassen, die zum einen die Bearbeitung der genannten Koordinationsprobleme im ökonomischen

System ermöglichen und zum anderen den negativen Folgen ökonomischer Liberalisierung für die Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens entgegenwirken.

Dabei lassen sich drei Antworten unterscheiden: zum Ersten die Internationalisierung staatlicher Rechtssetzung, zum Zweiten die Möglichkeit einer Verschiebung der regulativen Grundlagen sozialer Integration von der Macht korporatistischer Gruppen hin zur unmittelbaren Geltendmachung individueller Rechtsansprüche, und zum Dritten eine Verschiebung der Regulierung von staatlichem Rechtszwang auf Selbstregulierung.

(1) Eine mögliche Antwort auf die zunehmende Diskrepanz zwischen wirtschaftlichen und politischen Handlungshorizonten liegt in der Institutionalisierung regulativer Mechanismen auf transnationaler Ebene. Jürgen Habermas (1998 und 2004; vgl. auch Müller-Doohm 2009) hat verschiedentlich die Weiterentwicklung supranationaler Institutionen wie der Europäischen Union auch damit begründet, dass diese bisher auf nationalstaatlicher Ebene wahrgenommene Aufgaben übernehmen und so politische Regulation räumlich ausweiten können. Dies würde es beispielsweise Unternehmen erschweren, politischen Rahmenvorgaben zu entfliehen, und sowohl das Wettbewerbsproblem als auch das Kooperationsproblem entschärfen. Sich neu entwickelnde Strukturen »transnationaler governance« (Djelic und Sahlin-Andersson 2006) sind jedoch ein insofern allenfalls unvollständiger Ersatz für die nationalstaatliche Einhegung wirtschaftlicher Handlungsmacht, als sie sich vornehmlich auf die Ermöglichung des Marktzugangs und den globalen Schutz von Eigentumsrechten konzentrieren (Block und Evans 2005: 518).⁶ Inwieweit die aktuelle Initiative der G-20-Staaten zur Finanzmarktregulation und politische Vorhaben zur Austrocknung von Steueroasen tatsächlich zu einer stärkeren staatlichen Kontrolle der Finanzmarktakteure führen werden, bleibt abzuwarten. Die transnationale Ausweitung marktbegrenzender Regulation stößt auf erhebliche Widerstände, zumal damit immer auch Verteilungsfragen verbunden sind. Fritz Scharpf (1998: 230 ff.) hat darauf hingewiesen, dass die Übertragung von Verteilungsfragen und von Wertekonflikten auf die europäische Ebene – und erst recht auf die globale Ebene – eine sozialkulturelle Unterstützung durch eine gemeinsame »Wir-Identität« verlangen würde. Eine solche ist jedoch nicht zu erkennen. Der Nationalstaat ist möglicherweise darin einzigartig, ein universalistisches, wenngleich geographisch begrenztes, System hervorgebracht zu haben, das die notwendige kulturelle und politische Unterstützung für die Art Solidarität ermöglicht, die die Korrektur von Marktresultaten erlaubt (vgl. auch Brunkhorst 2009).

6 Wirtschaftliche Kooperation in föderalistischen Systemen ist, wie Frank Dobbin (2004) zeigt, notwendigerweise auf Wettbewerbspolitik gerichtet, also auf den freien Zugang zu Märkten und nicht auf Umverteilung, da sich die Mitgliedstaaten darauf nicht einigen können. Dass staatlich regulierte globale Solidarität allenfalls in Ansätzen existiert, mag aus systematischen politischen Gründen durchaus so bleiben. Katastrophenhilfe, Friedensmissionen der Vereinten Nationen und transnationale

Unterstützungsnetzwerke von religiösen oder ethnischen Netzwerken sind einige Beispiele für globale Umverteilung. Global tätige soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen und andere Organisationen der Zivilgesellschaften haben an Bedeutung zugenommen, spielen aber nach wie vor eine nur geringe Rolle in der Gestaltung von Globalisierungsprozessen. Zur Frage der Regulation von Globalisierungsprozessen siehe auch Mayntz et al. 2005.

(2) Der zweite Punkt wurde vom amerikanischen Arbeitsmarktökonom Michael Piore (2005) im Zusammenhang mit der Transformation des US-amerikanischen Sozialstaats untersucht. In den USA lässt sich während der letzten vier Dekaden ein Prozess der Zurückdrängung des im New Deal errichteten Regimes sozialstaatlicher Regulation und zugleich die Entstehung eines neuen sozialpolitischen Rahmens erkennen, in dessen Zentrum die Antidiskriminierungsgesetzgebung steht. Die Schwächung des während des New Deals institutionalisierten Sozialstaates führte demnach nicht zu einem reinen Wettbewerbsmarkt, »jedenfalls nicht in dem Sinne, wie es sich die Befürworter des Neoliberalismus vorgestellt haben« (ebd.: 229). Basierend auf der Ausweitung der Bürgerrechtsgesetzgebung hat sich vielmehr ein neues Regime der Schutzrechte für ethnische Minoritäten, Frauen, Alte, Behinderte und Homosexuelle entwickelt. Die politischen Träger dieser Entwicklung waren sozial benachteiligte oder stigmatisierte Gruppen, nicht die Gewerkschaften.⁷ Dies zeigt eine Entwicklung, bei der Arbeitsrechte nicht mehr durch kollektive Verhandlungen, sondern in individuellen Rechtsauseinandersetzungen durchgesetzt werden. Das hat positive Auswirkungen für die betroffenen sozialen Gruppen, von denen viele empfinden, so Michael Piore (2003: 11), einen enormen sozialen Fortschritt im Vergleich zu früheren Generationen gemacht zu haben.

Der Erfolg der Antidiskriminierungsgesetzgebung in den USA hat seinen Hintergrund jedoch im amerikanischen Rechtssystem, das die erfolgreiche soziale Mobilisierung der betroffenen Gruppen ermöglicht. Dieser institutionelle Hintergrund besteht in den Rechtssystemen Kontinentaleuropas nicht. Die Schwächung korporatistischer Systeme kollektiver Interessenvertretung findet insofern keine hinreichende Kompensation in der Stärkung von Individualrechten, zumal die Gewerkschaften gerade die nicht unter die Antidiskriminierungsgesetzgebung fallende Arbeitnehmerschaft vertraten.

(3) Eine dritte Entwicklung besteht im Bedeutungszuwachs nicht-staatlicher Akteure, die Einfluss auf ökonomische Regulation mit den Steuerungsinstrumenten des Soft Law nehmen. Expertennetzwerke, soziale Bewegungen oder von Firmen selbst festgelegte Codes, die sie auf bestimmte Verhaltensweisen verpflichten, sind Formen nicht-staatlicher Steuerung, die gerade im Bereich der Regulierung transnationaler ökonomischer Beziehungen an Bedeutung zunehmen (vgl. Djelic und Sahlin-Andersson 2006). Sie zielen damit auf die Bearbeitung aller drei von mir genannten Koordinationsprobleme. Doch inwieweit können diese Regulationsformen ein Ersatz für die durch den Staat ausgeübte Kontrolle der Wirtschaft sein? Ich möchte hier meiner generellen Skepsis Ausdruck verleihen und dies an einem Beispiel verdeutlichen, das das Kooperationsproblem zum Gegenstand hat. Eine in den letzten Jahren immer wichtiger werdende Reaktion von Unternehmen auf öffentlichen Protest gegen unmoralische Verhaltensweisen ist die Entwicklung ethischer Leitlinien. Dies wird unter dem

7 Bis heute hat eine große Anzahl Menschen von diesem auf Antidiskriminierungsgesetzen und der Schaffung verbesserten Marktzugangs für alle Bevölkerungsgruppen beruhenden regulativen Rahmen profitiert. Dies ist eine Verbesserung der Chancen bisher benachteiligter

Gruppen bei gleichzeitiger Zunahme sozialer Ungleichheit. Das Bild ist sehr viel gemischter für schwarze Männer und natürlich für jene weißen männlichen Arbeiter und Angestellten, deren Schutz im Zentrum der New Deal-Gesetzgebung stand.

Titel »Corporate Social Responsibility« (CSR) verhandelt (vgl. Beckert 2006). Ethik selbst wird hier in den Marktmechanismus integriert. Die Selbstverpflichtung soll das Unternehmen vor den von politischen Protesten zu erwartenden Umsatzeinbußen schützen und gleichzeitig ein Vorteil bei solchen Konsumenten bringen, die ihre Kaufentscheidungen an ethischen Prinzipien ausrichten. CSR ist insofern der Versuch, mit Hilfe des Marktmechanismus die moralischen Grundlagen der Ökonomie zu sichern. Empirische Untersuchungen, die sich mit der Effektivität von CSR beschäftigen, sind allerdings überwiegend skeptisch. Der strukturelle Widerspruch zwischen Orientierung an Gewinnerwartungen und sozialer Verantwortung führt kaum zu tatsächlichen Verhaltensänderungen von Unternehmen, sondern vornehmlich zu kosmetischen Umgestaltungen und zur Entkopplung von öffentlicher Darstellung des Handelns und tatsächlichem Handeln.

VI.

Allen drei möglichen regulativen Antworten auf die beschriebenen Krisentendenzen lässt sich Skepsis entgegenbringen. Bietet aber nicht die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise eine viel näherliegende Antwort? Lassen sich die massiven Ausgaben des Staates im Zusammenhang mit der Rettung angeschlagener Banken und von der Insolvenz bedrohter Unternehmen, einschließlich der Verstaatlichung von Unternehmen, nicht als Rückkehr öffentlicher Gewalt über das Wirtschaftssystem verstehen? Immerhin sprechen Politiker mittlerweile vom »Primat der Politik« (Franz Müntefering). Der Staat könnte also im Hinblick auf die Steuerung der Wirtschaft wieder die Rolle übernehmen, die er während der Nachkriegszeit hatte.

Wenngleich ein solches Szenario nicht völlig ausgeschlossen ist, erscheint es doch sehr unwahrscheinlich. Zum einen ist der zurzeit massiv stattfindende staatliche Eingriff nicht auf eine solche Steuerung gerichtet, sondern zielt allein auf die Rettung des vor der Selbstzerstörung stehenden marktwirtschaftlichen Systems. Der staatlichen Rolle fehlt jeglicher utopische Gehalt eines gegenüber der Wirtschaftspolitik der letzten dreißig Jahre veränderten Ansatzes. Dies schließt nicht aus, dass der Staat heute in einer machtvolleren Position gegenüber den Wirtschaftsinteressen ist als vor der Krise; doch steht dahinter keinerlei Konzept einer Neujustierung des Verhältnisses zwischen politischem und wirtschaftlichem System. Es handelt sich um nicht mehr als um kurzfristiges Krisenmanagement. Zum anderen verausgabt der Staat zurzeit seine vermutlich letzten Ressourcen der Handlungsfähigkeit (vgl. Streeck 2008). Die zum Krisenmanagement eingesetzten Finanzmittel bedeuten eine sprunghafte Ausweitung der Staatsverschuldung, die zu einer restriktiven Haushaltspolitik führen und die staatliche Handlungsfähigkeit erheblich weiter einschränken wird. Auf die Finanzkrise folgt die Fiskalkrise.

Damit aber sind wir wieder bei der Krisentheorie der 1970er Jahre angelangt (vgl. O'Connor 1974). Erneut lässt sich eine Fiskalkrise erwarten. Im Unterschied zu den Annahmen der damaligen Krisentheorien hat diese Krise allerdings nichts mit einer Anspruchsinflation der Bürger oder expandierenden sozialstaatlichen Kompensationsleistungen des Staates zu tun, sondern steht allein im Zusammenhang mit dem Ver-

sagen eines liberalisierten Wirtschaftssystems selbst, das daran scheitert, seine eigenen Bestandsvoraussetzungen zu reproduzieren.

Dies ist keine beruhigende Perspektive. Denn kein System ist für die gesellschaftliche Reproduktion so bedeutend wie das Wirtschaftssystem, da dieses sämtliche anderen Sozialsysteme mit dem Medium Geld versorgt (vgl. Beckert 2009b; Schimank 2008). Derzeit wird die *Anspruchsinflation des Wirtschaftssystems* durch den vorgezogenen Zugriff auf zukünftige wirtschaftliche Leistungen befriedigt. Nichts anderes ist die Verschuldung. Doch was geschieht, wenn die Wirtschaftskrise selbst mit dem enormen finanziellen Einsatz nicht begrenzt werden kann? Oder was geschieht in der nächsten Wirtschaftskrise, wenn der Staat bereits so überschuldet ist, dass eine vergleichbare Kraftanstrengung nicht mehr möglich ist? Was also, wenn es keine politische Rettung der Ökonomie durch den demokratischen Staat gibt? Es ist dieser Moment, in dem die Integration des demokratischen Gemeinwesens selbst in die Krise kommen wird – nicht aus einer Anspruchsinflation der Bürger heraus, sondern aufgrund des Versagens der Märkte.

Literatur

- Beckert, Jens 2006: Sind Unternehmen sozial verantwortlich? MPIfG Working Paper 06/4. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Beckert, Jens 2009a: The Social Order of Markets, in: *Theory and Society* 38. 3, 245–269.
- Beckert, Jens 2009b: Wirtschaftssoziologie als Gesellschaftstheorie, in: *Zeitschrift für Soziologie* 38. 3, 182–197.
- Bell, Daniel 1991 [1975]: *Die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus*. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Block, Fred und Peter Evans 2005: The State and the Economy, in: Neil J. Smelser und Richard Swedberg (Hg.): *The Handbook of Economic Sociology*. Princeton: Princeton University Press, 505–526.
- Blyth, Mark 2002: *Great Transformations. Economic Ideas and Political Change in the Twentieth Century*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Brunkhorst, Hauke 2009: *Düstere Aussichten – Die Zukunft der Demokratie in der Weltgesellschaft*. Unveröffentlichtes Manuskript. Universität Flensburg.
- Campbell, John L. und Ove K. Pedersen (Hg.) 2001: *Neoliberalism and Institutional Analysis*. Princeton: Princeton University Press.
- Crouch, Colin 2008: *Postdemokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Dahrendorf, Ralf 1957: *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*. Stuttgart: Enke.
- Deutschmann, Christoph 2008: Der kollektive »Buddenbrooks-Effekt«. Die Finanzmärkte und die Mittelschichten. MPIfG Working Paper 08/05. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Djelic, Marie-Laure und Kerstin Sahlin-Andersson 2006: Institutional Dynamics in a Re-Ordering World, in: dies. (Hg.): *Transnational Governance. Institutional Dynamics of Regulation*. Cambridge: Cambridge University Press, 375–397.
- Dobbin, Frank 2004: The Sociological View of the Economy, in: Frank Dobbin (Hg.): *The New Economic Sociology. A Reader*. Princeton: Princeton University Press, 1–46.

- Durkheim, Émile 1992 [1893]: Über soziale Arbeitsteilung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fourcade, Marion 2004: Price and Prejudice. On the Practical Culture of Economic Theory. Unveröffentlichtes Manuskript. University of California Berkeley.
- Fourcade, Marion 2009: Economists and Societies. Discipline and Profession in the United States, Britain and France, 1890s to 1990s. Princeton: Princeton University Press.
- Habermas, Jürgen 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1998: Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung, in: Ulrich Beck (Hg.): Politik der Globalisierung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 67–84.
- Habermas, Jürgen 2004: Solidarität jenseits des Nationalstaats. Notizen zu einer Diskussion, in: Jens Beckert et al. (Hg.): Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen. Frankfurt a. M. und New York: Campus, 225–235.
- Healy, Kieran, 2006: Last Best Gifts. Altruism and the Market for Human Blood and Organs. Chicago: University of Chicago Press.
- Le Galès, Patrick und Alan Scott 2008: Une révolution bureaucratique britannique? Autonomie sans contrôle ou »freer markets, more rules«, in: Revue française de sociologie 49, 301–330.
- Mann, Michael 1997: Hat die Globalisierung den Siegeszug des Nationalstaats beendet?, in: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 106, 113–141.
- Mayntz, Renate et al. 2005: Globale Strukturen und deren Steuerung. Auswertung der Ergebnisse eines Förderprogramms der Volkswagenstiftung. Forschungsbericht 1. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Müller-Doohm, Stefan 2009: Nationalstaat, Kapitalismus, Demokratie. Philosophisch-politische Motive im Denken von Jürgen Habermas. Unveröffentlichtes Manuskript. Universität Oldenburg.
- O'Connor, James 1974: Die Finanzkrise des Staates. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Offe, Claus 2006 [1972]: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Piore, Michael 2003: The Neo-Liberal Ideal and the Reality of Workplace Practice. Shifting Axes of Political Mobilization and New Regimes of Workplace Governance in the United States. Papier für die Konferenz Worlds of Capitalism: Globalization, Governance and Democracy. Hamburg, 29.–31. Mai.
- Piore, Michael 2005: Neoliberales Ideal und neoliberale Realität in den USA. Politische Mobilisierung und neue Governanceregime am Arbeitsmarkt, in: Max Miller (Hg.): Welten des Kapitalismus. Institutionelle Alternativen in der globalisierten Ökonomie. Frankfurt a. M. und New York: Campus, 227–239.
- Schäfer, Armin 2008: Krisentheorien der Demokratie. MPIfG Discussion Paper 08/10. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Schäfer, Armin 2009: Wie beeinflusst soziale Ungleichheit die Demokratiezufriedenheit? Deutschland im internationalen Vergleich. DVPW Sektion »Vergleichende Politikwissenschaft«. Tagung: Institutionen und Prozesse in vergleichender Perspektive. Panel 6: Gleichheit, Ungleichheit und regulative Sozialpolitik im Wandel von Wohlfahrtsstaatlichkeit im internationalen Vergleich. Darmstadt, 22.– 24. Januar.
- Scharpf, Fritz W. 1998: Demokratie in der transnationalen Politik, in: Ulrich Beck (Hg.): Politik der Globalisierung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 228–253.
- Schelsky, Helmut 1953: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme. Dortmund: Ardey.

- Schimank, Uwe 2008: Kapitalistische Gesellschaft – differenzierungstheoretisch konzipiert. Hagen: Fernuniversität Hagen.
- Sennett, Richard 1998: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berlin Verlag.
- Streeck, Wolfgang 1997: Beneficial Constraints. On the Economic Limits of Rational Voluntarism, in: Rogers Hollingsworth und Robert Boyer (Hg.): Contemporary Capitalism. The Embeddedness of Institutions. Cambridge: Cambridge University Press, 197–219.
- Streeck, Wolfgang 2008: Lektion zum Kapitalismus, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 28. September, 38.
- Streeck, Wolfgang 2009a: Flexible Employment, Flexible Families and the Socialization of Reproduction. Keynote Address at the Conference on: Imploding Populations: Global and Local Challenges of Demographic Change. Deutsches Institut für Japanstudien. Tokyo, 2.–4. Juni.
- Streeck, Wolfgang 2009b: Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy. Oxford: Oxford University Press.
- Weber, Max 1984 [1920]: Die protestantische Ethik I. Eine Aufsatzsammlung. Hamburg: Gütersloher Taschenbücher Siebenstern.